**Judith Derndorfer, Julia Hofmann, Patrick Mokre und Matthias Schnetzer**

# VERMÖGEN UND REICHTUM IN ÖSTERREICH

## ZUSAMMENFASSUNG

Vermögen ist in Österreich sehr ungleich verteilt. Seit der HFCS-Vermögenserhebung der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) und von Wissenschaftler:innen durchgeführten Hochschätzungen lässt sich besser beziffern, wie groß die Vermögenskonzentration tatsächlich ist. Österreich steht innerhalb der Eurozone mit an der Spitze der Vermögensungleichheit. Die große Mehrheit der in Österreich lebenden Bevölkerung empfindet die bestehende Vermögensverteilung als ungerecht. Vermögensteuern sind ein Weg, die Schieflage zu reduzieren.

- Das reichste 1 % verfügt über rund 40 % des gesamten Nettovermögens, während die ärmere Hälfte gerade einmal 2,8 % des Nettovermögens besitzt.
- Die hohe Vermögenskonzentration hat negative wirtschaftliche, demokratiepolitische und ökologische Konsequenzen.
- Der Überreichtum kann durch Vermögenssteuern reduziert werden.

## ABSTRACT

In Austria, wealth is very unequally distributed. Thanks to the HFCS wealth survey conducted by the Austrian National Bank and projections by researchers, it has become easier to quantify the actual extent of wealth concentration. Regarding wealth, Austria is one of the most unequal countries in the Euro area. The vast majority of the population of Austria perceives the existing distribution of wealth as unfair. Wealth taxes are one way to reduce this imbalance.

- The richest 1 % owns around 40 % of the total net wealth, while the poorer half owns just 2.8 % of net wealth.
- High wealth concentration has negative impacts on economy, democracy, and the environment.
- Wealth concentration can be reduced through the introduction of wealth taxes.



*Sozialpolitik in Diskussion, Band 24/2023: Seiten 161–171*

# 1 EINLEITUNG

Österreich ist ein reiches Land, jedoch ist der Reichtum sehr ungleich verteilt. Während das reichste 1 % der Haushalte rund 40 % des gesamten Nettovermögens besitzt, gehören der unteren Hälfte gerade einmal 2,8 % des gesamten Nettovermögens. Die Corona-Krise hat die Ungleichheit zwischen den Reichsten und dem Rest der Gesellschaft weiter verschärft: Das Vermögen der hundert reichsten Österreicher:innen ist von 2020 auf 2021 beispielsweise um 15 % angestiegen (Attac 2021), während rund 1,3 Millionen Menschen armutsgefährdet sind und eine wachsende Zahl an Menschen ohne sozialstaatliche Leistungen ihren Lebensbedarf nicht mehr sichern kann. Die hohe und steigende Vermögenskonzentration birgt große Risiken für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, u. a. da die Mehrheit der in Österreich lebenden Bevölkerung die Vermögensverteilung als ungerecht empfindet. Zusätzlich haben Vermögende mehr Möglichkeiten (u. a. durch Parteispenden, Gründung von Medien), ihre Interessen auf der politischen Bühne einzubringen und durchzusetzen als nur bei demokratischen Wahlen. Zuletzt müssen auch die ökologischen Konsequenzen von Überreichtum im Zentrum der politischen Diskussion stehen. Millionär:innen und Milliardär:innen befeuern durch ihren Lebensstil und Investitionen die Klimakatastrophe.

Dieser Beitrag soll einen Überblick über die aktuelle Vermögensungleichheit in Österreich und die damit verbundenen Konsequenzen und Gefahren geben. Zum Schluss werden unterschiedliche Vermögensteuermodelle als Maßnahme gegen Überreichtum und Machtungleichgewichte dargelegt.

# 2 AUSMASS DER VERMÖGENSUNGLEICHHEIT IN ÖSTERREICH

Privatvermögen ist in Österreich sehr ungleich verteilt. Lange Zeit (seit dem Auslaufen der Vermögensteuer 1995) gab es keine belastbaren Zahlen über das Ausmaß der Vermögensungleichheit für Österreich. 2010 führte die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) erstmals eine akribische Vermögenserhebung namens HFCS (Household Finance and Consumption Survey) durch. 2014 und 2017 folgten die zweite und dritte Erhebungswelle. Darin wurden die Sach- und Finanzvermögen einer Bevölkerungsstichprobe detailliert aufgezeichnet, wodurch eine Einschätzung der Verteilung dieser Vermögen möglich wurde. Aber auch die Befunde des HFCS sind mit Unsicherheiten verbunden: Erstens beruht die Teilnahme auf Freiwilligkeit, und die vermögendsten Haushalte haben oft wenig Interesse daran, an solchen Erhebungen teilzunehmen. Zweitens sind die Chancen relativ gering, bei einer Zufallsstichprobe einen Haushalt aus den Top 0,1 % zu ziehen. Aufgrund der fehlenden Informationen über die allerreichsten Haushalte werden in wissenschaftlichen Studien mit anerkannten statistischen Methoden Hochschätzungen durchgeführt, um die Verteilungsmaße für die fehlenden Beobachtungen zu korrigieren.

## 2.1 Aktueller Wissensstand zur Vermögensungleichheit

Würde man alle Haushalte vom ärmsten bis zum reichsten aufreihen, dann hätte der Haushalt exakt in der Mitte ein Vermögen von rund 83.000 Euro (Median). Da es ganz oben in der Verteilung aber einige sehr reiche Haushalte mit mehreren Millionen Euro gibt, liegt das durchschnittliche Vermögen deutlich höher, nämlich bei fast 250.000 Euro (Mittelwert) (Fessler/Schürz 2019). Aufgrund der fehlenden Superreichen in der Erhebung wird dieser Mittelwert allerdings unterschätzt. Eine Studie der JKU Linz schätzt deshalb mit fundierten statistischen Methoden und



Sozialpolitik in Diskussion, Band 24/2023: Seiten 161–171

Reichenlisten die fehlenden Topvermögen zu den HFCS-Daten hinzu. Die Autor:innen kommen mit der Hochschätzung auf ein deutlich höheres Durchschnittsvermögen von rund 318.000 Euro. Die daraus errechnete Vermögenskonzentration ist besorgniserregend: Das reichste 1 % besitzt rund 40 % des Nettovermögens, die ärmere Hälfte zusammen gerade einmal 2,8 % (Heck et al. 2020).

Vermögen sind in Österreich, so wie in allen europäischen Staaten, deutlich ungleicher verteilt als Einkommen. Es gibt bei Vermögen in Österreich keine breite Mittelschicht, wie wir sie von den Einkommen kennen. Die HFCS-Daten zeigen, dass die typischen Vermögensgegenstände der unteren Hälfte ein Kraftfahrzeug oder ein Sparbuch sind. In der oberen Mitte ist dann das Eigenheim typischerweise der größte Vermögensposten. Erst bei den reichsten 20 % sind öfter auch Wertpapiere Teil des Vermögens. Und bei den reichsten 5 % kommen zusätzlich Immobilien wie Zinshäuser sowie Unternehmensbeteiligungen dazu.

## 2.2 Vermögenslücken zwischen Gruppen

Auch die genauere Betrachtung der Vermögensungleichheit zwischen verschiedenen soziodemografischen Gruppen ist aufschlussreich. Analog zum Gender-Pay-Gap für Einkommen gibt es Berechnungen zum Gender-Wealth-Gap für Österreich (für einen Überblick siehe z. B. Mader 2022). Forscherinnen analysierten hierfür z. B. den HFCS 2014, um ein genaueres Bild der Vermögenslücke zwischen Frauen und Männern zu erhalten. Insgesamt zeigt sich, dass Frauen in Paarhaushalten im Durchschnitt um 28 % weniger Vermögen haben als Männer. Besonders hervorzuheben ist, dass es über weite Teile der Bevölkerung kaum einen Vermögensunterschied zwischen Männern und Frauen gibt. Die Vermögenslücke besteht faktisch nur am oberen Rand der Verteilung, wo vor allem Unternehmenseigentum relevant ist (Groiß et al. 2018).

Nicht nur zwischen Frauen und Männern gibt es nennenswerte Unterschiede. Aus den Daten lässt sich auch der sogenannte Migrant-Wealth-Gap berechnen. Hierbei wird zwischen autochthonen Österreicher:innen und Personen mit Migrationshintergrund unterschieden. Es zeigt sich, dass Personen mit Migrationshintergrund im Mittel über 41 % weniger Nettovermögen verfügen als autochthone Österreicher:innen. Allerdings zeigt die Analyse einen deutlichen Unterschied zwischen Migrant:innen der ersten und jenen der zweiten Generation. Während der Migrant-Wealth-Gap bei Migrant:innen der ersten Generation noch bei 62 % liegt, verringert sich die Vermögenslücke bei Migrant:innen der zweiten Generation auf 16 %. Es scheint also, als gelinge es bereits der zweiten Generation, beim Vermögensaufbau aufzuholen (Muckenhuber et al. 2022).

## 2.3 Vermögensverteilung in Europa

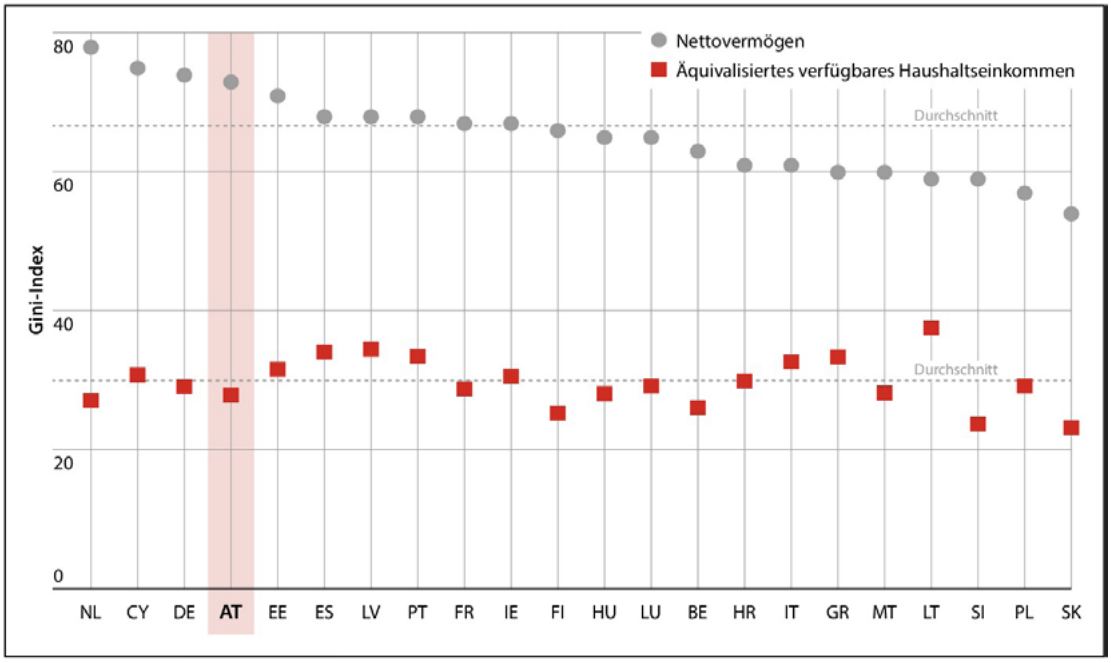
Im EU-Ländervergleich gehört Österreich zu jenen Ländern mit der höchsten Vermögensungleichheit. Gemessen am Gini-Koeffizienten sind die Vermögen nur in den Niederlanden, Zypern und Deutschland ungleicher als in Österreich verteilt (siehe Abbildung 1). Vermögen sind in Österreich, so wie in allen europäischen Staaten, auch deutlich ungleicher verteilt als Einkommen. Die Länderunterschiede lassen sich bis zu einem gewissen Grad mit der unterschiedlichen Ausgestaltung der Wohlfahrtsstaaten erklären. Während in Österreich viele Menschen in Mietwohnungen bzw. im sozialen Wohnbau leben, müssen viele Menschen in südeuropäischen Ländern mangels öffentlichen Wohnbaus eher im Eigenheim wohnen und weisen daher in den Daten ein höheres Vermögen auf. Dass diese – häufig kreditfinanzierte – Form des Vermögens



Sozialpolitik in Diskussion, Band 24/2023: Seiten 161–171

allerdings prekär ist, zeigte sich beim Platzen der Immobilienblase in den USA und in Spanien im Zuge der letzten Finanzkrise: Zahlreiche Menschen verloren ihr Haus, weil sie die Kreditraten nicht mehr bedienen konnte. Auch das öffentliche Sozialversicherungssystem ist ausschlaggebend für die Notwendigkeit, Geld zur Seite zu legen, um auch im Alter, bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit noch genug Mittel für den Lebensunterhalt zu haben. Eine große Rolle spielt dabei das öffentliche Pensionssystem, das im Gegensatz zu den privaten Pensionen nicht in die Vermögensrechnung eingeht, da staatliche Pensionen nicht veräußert und übertragen werden können und somit nicht der gängigen Vermögensdefinition entsprechen.

**Abbildung 1: Einkommens- und Vermögensungleichheit im Vergleich in Europa, 2017**




Quelle: Household Finance and Consumption Survey (HFCS 2017); Eurostat

## 2.4 Entwicklung der Vermögensungleichheit seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie

Die konkreten Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Vermögensungleichheit kann man aufgrund der fehlenden Daten für Österreich zurzeit noch nicht festmachen. Erste Berechnungen legen zumindest nahe, dass sich die Vermögensungleichheit verschärft hat. Laut Analyse der Nichtregierungsorganisation Attac auf Basis aktueller Reichenlisten (*Forbes*, *Vermögensmagazin* und *Trend*) hat sich das Vermögen der 100 reichsten Familien und Einzelpersonen weltweit im Pandemiejahr 2021 um 14 % bzw. um 25 Milliarden auf 205 Milliarden Euro erhöht. Vor allem Milliardär:innen konnten Zugewinne von 28 % bzw. 19 Milliarden Euro verbuchen (Attac 2021). Angesichts der aktuellen Teuerungskrise ist weiters davon auszugehen, dass Haushalte in der unteren Vermögenshälfte ihre Ersparnisse (falls überhaupt vorhanden) eher aufbrauchen als aufbauen. Besonders dramatisch scheint die Umverteilung zwischen den Eigentümer:innen von Mietimmobilien und den Mieter:innen angesichts der deutlichen Steigerungen der Mietpreise. Wie bei zahlreichen anderen sozioökonomischen Kennzahlen deuten die Indizien somit auch bei der Vermögensverteilung auf eine wachsende Schieflage durch die COVID-19-Pandemie hin.

# 3 DIE FOLGEN VON VERMÖGENSKONZENTRATION

Die skizzierte Schieflage bei den privaten Vermögen wirft die Frage nach einer gerechten Verteilung auf. Zwar sind Gerechtigkeitsvorstellungen auch durch individuelle Wertehaltungen geprägt, allerdings ist es für den gesellschaftlichen Zusammenhalt entscheidend, ob wichtige ökonomische Ergebnisse von breiten Bevölkerungsteilen als gerecht empfunden werden. Das in Meritokratien dominante Gerechtigkeitsempfinden stellt Einkommen und Vermögen in den Bezug zur individuell eingesetzten Leistung. Auch in Österreich hat das Leistungsprinzip den größten Rückhalt in der Bevölkerung. Umfragen von Meinungsforschungsinstituten sowie sozialwissenschaftliche Erhebungen legen allerdings nahe, dass vor allem die Vermögensungleichheit in Österreich als nicht (leistungs)gerecht empfunden wird. Laut Daten des European Social Survey 2018 bewerten drei Viertel der Befragten die Vermögensunterschiede als ungerecht groß (Hofmann et al. 2020). Überhaupt nur 14 % finden die Vermögensverteilung gerecht. Im Vergleich dazu wird die Verteilung der Einkommen in Österreich als deutlich gerechter wahrgenommen: So halten 56 % ihr eigenes Einkommen für gerecht, immerhin 27 % auch das Einkommen der obersten 10 %. Die objektiven Zahlen zur Konzentration privater Vermögen gepaart mit der subjektiven Wahrnehmung dieser exorbitanten Ungleichheit als ungerecht stehen in krassem Widerspruch zur anhaltenden Untätigkeit der politischen Entscheidungsträger:innen in dieser Frage.

Vermögenskonzentration mündet zudem in einer Reihe von negativen Konsequenzen für Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie. Eine Korrektur der Vermögensungleichheit ist somit nicht nur eine Frage von Gerechtigkeit, sondern eine wichtige Voraussetzung, um deren unheilvolle Begleiterscheinungen abzumildern. Die potenziellen Gefahren einer steigenden oder zu großen Schieflage der privaten Vermögen in den Bereichen Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie werden im Folgenden kurz einzeln beleuchtet.

## 3.1 Destabilisierende Wirkung auf die Wirtschaft

Vermögenskonzentration kann zur Destabilisierung der Wirtschaft beitragen, wenn große Vermögen auf der Suche nach größtmöglicher Rendite auf den Finanzmärkten zu Blasenbildungen führen. Die Gewinnaussichten auf den Finanz- und Immobilienmärkten haben in den letzten Jahrzehnten den Prozess der „Finanzialisierung" vorangetrieben und die Dominanz des Finanzsektors über die Realwirtschaft verstärkt. Die Deregulierung der Kapitalmärkte sowie die Erfindung neuer Finanzinstrumente haben diese Entwicklung beschleunigt und in der Vergangenheit zu wiederkehrenden Finanzmarktkrisen mit drastischen Auswirkungen auf die Realwirtschaft geführt (Schulmeister 2018). Zudem sind parallel zur Vermögenskonzentration verlaufende Monopolisierungs- und Oligopolisierungstendenzen zu beobachten. Vor allem im Technologiesektor ist der Trend zur Marktkonzentration evident, der den Kapitalbesitzer:innen exorbitante Gewinne einbringt, aber negative Effekte für die Gesamtwirtschaft mit sich bringt, etwa durch Ausübung von Marktmacht und Wettbewerbsverzerrung (Allen 2017). Schließlich leidet auch die aggregierte Nachfrage in einer Volkswirtschaft unter der Vermögenskonzentration. Es ist bekannt, dass einkommens- und vermögensarme Haushalte eine höhere Konsumneigung haben und dadurch die Realwirtschaft stärken, während reiche Haushalte mehr sparen und in Kapitalmärkten veranlagen.



Sozialpolitik in Diskussion, Band 24/2023: Seiten 161–171

## 3.2 Gefahr für den sozialen Zusammenhalt

Für die Gesellschaft bedeutet die hohe Vermögenskonzentration eine Gefahr für den sozialen Zusammenhalt. Die sichtbare Kluft zwischen Arm und Reich senkt das Vertrauen in das Institutionensystem, dass dieses Verbesserungen im Lebensstandard sowie Chancengerechtigkeit für alle gewährleisten könne. Während sich die Reichen gesellschaftlich abkapseln können und die sozialstaatlichen Errungenschaften für ihren Wohlstand nicht benötigen, fühlen sich breite Bevölkerungsschichten von der Politik nicht mehr repräsentiert und sehen ihre Interessen nicht berücksichtigt. Mögliche Folgen davon sind ein Vertrauensverlust in Demokratie und staatliche Institutionen, die Abkehr vom etablierten Parteiensystem oder ein Erstarken rechter, autoritärer politischer Strömungen. Dass die Vermögen der Reichsten während der COVID-19-Pandemie sogar noch kräftig gewachsen sind, während viele Haushalte in akute Notlagen gerieten, hat das Konfliktpotenzial weiter verschärft (Hofmann 2022). Von zentraler Bedeutung ist auch der Einfluss von Vermögenskonzentration auf die Klimakrise, die eng mit der sozialen Frage verbunden ist. Wissenschaftliche Berechnungen zeigen, dass ein großer Anteil des Ausstoßes klimaschädlicher Treibhausgase auf Superreiche zurückzuführen ist, da diese ein ausschweifendes Mobilitäts-, Konsum- und Produktionsverhalten aufweisen, das mit dem nötigen Emissionspfad nicht vereinbar ist (Chancel et al. 2022). Auch in Österreich emittieren die reichsten Haushalte deutlich mehr als arme Haushalte (Theine et al. 2022). Die Begrenzung von Überreichtum und dem damit verbundenen Ressourcenverbrauch ist somit auch eine existenzielle Frage für unseren Planeten.

## 3.3 Gefahr für die Demokratie

Schließlich kann Vermögenskonzentration zur Gefahr für die Demokratie werden (Rehm/Schnetzer 2015). So werden politische Entscheidungen oftmals durch Lobbying und Netzwerke beeinflusst, um die Partikularinteressen finanzkräftiger Akteur:innen durchzusetzen. Auch Parteispenden von Reichen können die Richtung wirtschaftspolitischer Debatten und Entscheidungen beeinflussen (Cagé 2020). Mehrere internationale Studien zeigen, dass die Politik häufiger den Präferenzen der Reichsten folgt und die Demokratie somit untergraben wird (Elsässer et al. 2017). Auf der anderen Seite der Vermögensverteilung verabschieden sich vermehrt ärmere Menschen aus demokratischen Entscheidungsprozessen, weil sie sich nicht mehr entsprechend repräsentiert fühlen. Wahlbeteiligung, kollektive Interessenbekundung oder zivilgesellschaftliches Engagement hängen auch in Österreich stark mit Einkommen bzw. Vermögen zusammen (siehe z. B. Zandonella 2021). Reiche Menschen machen aber nicht nur finanzielle Mittel mobil, um die eigenen Interessen auf der parlamentarischen Bühne durchzusetzen, sondern auch um das Meinungsbild in der Bevölkerung zu beeinflussen. Dazu dienen die Gründung und Finanzierung von Denkfabriken oder das Eigentum an Massenmedien. Vermögende Industrielle und Unternehmensverbände haben in den vergangenen Jahren viel Geld in interessenpolitisch motivierte Institute investiert und deren Botschaften zu großen medialen Reichweiten verholfen (Schlögl/Plehwe 2015). Einige Überreiche haben gleich eigene Medien gegründet und erhoffen sich damit Einfluss auf die öffentliche Meinung.

Reiche Menschen beeinflussen aber nicht nur den Gesetzgebungsprozess, sondern können sich den geltenden Gesetzen auch einfacher entziehen. Das Verschieben von Vermögen in internationale Steuersümpfe sowie das Ausnutzen von Schlupflöchern im Justizsystem sind hauptsächlich den Reichsten mit ihren üppig dotierten Beratungsapparaten vorbehalten. All diese Entwicklungen stellen die Demokratie laufend auf die Probe, wenn es um tatsächliche Gerechtigkeit und Gleichbehandlung aller Menschen geht. Der Rückzug vieler Menschen aus den

etablierten demokratischen Prozessen ist ein Indiz dafür, dass das Vertrauen in diese Institutionen sinkt und durch Vermögensungleichheit weiter untergraben wird.

# 4 VERMÖGENSTEUERN ZUR REDUZIERUNG VON ÜBERREICHTUM UND MACHTUNGLEICHHEIT

Aufgrund der hohen Vermögenskonzentration und der oben beschriebenen negativen Folgen für Wirtschaft, sozialen Zusammenhalt und Demokratie werden im folgenden Abschnitt Wege zur Reduzierung der Schere zwischen Arm und Überreich aufgezeigt.

Maßnahmen gegen Vermögensungleichheit können beim Aufbau von Vermögen ansetzen oder ungleich verteiltes Vermögen umverteilen. Steuern auf Vermögen, Erbschaften und Schenkungen erscheinen in dieser Debatte als einfacher Hebel, weil dieser auf der bestehenden Umverteilungs-Infrastruktur der Steuerbehörden und Finanzministerien aufbaut. Grundsätzlich können Vermögensteuern entweder Ungleichheit verringern oder große Vermögen reduzieren. Im ersten Fall spricht man von „moderaten Vermögensteuern", diese besteuern hohe Vermögen zwar höher aber die Steuerlast liegt unter den durchschnittlich erzielten Renditen, und hohe Vermögen wachsen weiter. Der zweite Fall beschreibt „konfiskatorische Modelle", bei denen die Steuerlast höher liegt als die durchschnittlichen Erträge, wodurch die Vermögenssubstanz der Reichsten reduziert wird.

Beide Modelle können Ungleichheit reduzieren, das Ausmaß hängt vom konkreten Modell ab. Vermögensteuern machen die Verteilung gleicher, wenn hohe Nachsteuer-Vermögen weniger schnell wachsen als niedrige und mittlere Vermögen. Wenn die eingehobenen Steuern verwendet werden, um die öffentliche Infrastruktur auszubauen oder einen Vermögensaufbau der Vielen zu ermöglichen, reduziert das die Ungleichheit weiter.

Vermögensbezogene Steuern sind in Österreich weiter niedriger als im EU-Durchschnitt, es gibt keine direkten Steuern auf Erbschaften oder Schenkungen und keine allgemeinen Vermögens-Substanzsteuern (Bernhofer et al. 2022). Das macht Österreich in der gesamten OECD zu einem der Schlusslichter bei den vermögensbezogenen Steuern. Hierzulande werden nur etwa 1,3 % des Steuerkuchens aus vermögensbezogenen Abgaben lukriert, im OECD-Schnitt sind es gut 5,7 %.

## 4.1 Auswirkungen von Vermögensteuern

Vermögensteuern haben unterschiedliche Zwecke – von einem größeren Beitrag der Reichsten zum Staatshaushalt über Finanzierung von sozialstaatlicher Absicherung und Transfereinkommen bis hin zu Gerechtigkeit bei demokratischer Mitbestimmung. Wo Ungleichheit reduziert wird, kann breitere Teilhabe aktiv vorangetrieben werden. Durch Vermögensteuern aufgebautes öffentliches Vermögen funktioniert als indirekte Umverteilung. Kleine Vermögen (vor allem Barerspartes) werden von den meisten Österreicher:innen zur Absicherung eingesetzt, für unerwartete Ausgaben oder unregelmäßige Anschaffungen. Ein gut ausfinanziertes und zugängliches Sozialsystem kann so eine Absicherung zumindest in Notlagen übernehmen.

Über die Absicherung hinaus stellt die öffentliche Infrastruktur für die Vielen zur Verfügung, was sich Vermögende teuer kaufen. Geförderter Wohnbau als Alternative zur Eigentumswohnung und öffentlicher Verkehr als Ersatz für den SUV in der Stadt: Steuern aus Vermögen können gezielt eingesetzt werden, um die Unterschiede im Lebensstandard zwischen mittleren und hohen

Vermögen zu reduzieren. Andere sozialstaatliche Maßnahmen verteilen direkt um. Während nur die Reichsten tatsächlich Einkommen aus ihrem Vermögen beziehen (Humer et al. 2013), reduzieren Transfereinkommen die Armutsgefährdungsquote von theoretischen 35 % auf 15 %. (Wagner/Hofmann 2022).

## 4.2 Vermögensteuermodelle

Unabhängig davon, mit welchem Ziel eine Vermögensteuer eingeführt würde, halten die Ökonomen Saez und Zucman (2022) zwei Punkte fest, die jedenfalls berücksichtigt werden sollten. Erstens sind hohe Freibeträge sinnvoll, weil sie den administrativen Aufwand minimieren und weil so nur Steuerpflichtige betroffen sind, die jedenfalls ausreichend liquide Mittel für die Bezahlung der anstehenden Steuer haben. Im Gegenzug sollte es keine Ausnahmen bei der Bemessungsgrundlage geben, um Steueroptimierung zu verhindern. Somit sollten neben Finanzvermögen auch Sachvermögen und privat gehaltenes Unternehmensvermögen berücksichtigt werden. Zweitens sollte die Erhebung der Bemessungsgrundlage ausschließlich auf den Marktwerten basieren und weitgehend durch Dritte erfolgen, weil dadurch die Einhaltung der Steuervorschriften am besten gewährleistet werden kann. Effiziente Bewertungsmethoden und die zunehmenden rechtlichen und technischen Möglichkeiten zum automatisierten Informationsaustausch reduzieren den Verwaltungsaufwand zudem drastisch (Bernhofer et al. 2022). Ein europäisches bzw. weltweites Vermögensregister, das von einer Reihe renommierter Ökonom:innen vorgeschlagen wurde, würde den grenzüberschreitenden Austausch zudem erheblich vereinfachen und Synergieeffekte entfalten (Brussels Report 2021; Mack 2022; ICRICT 2022).

In Österreich wird eine Reihe konkreter Vermögensteuermodelle diskutiert, für die Heck et al. (2020) die Aufkommen geschätzt haben. Ein Vorschlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes schlägt Steuersätze von 0,5 % ab 700.000 Euro, 1 % ab 2 Millionen Euro und 1,5 % ab 3 Millionen Euro vor. Dies würde circa 5,3 Milliarden Euro pro Jahr einbringen. Ein ähnlicher Vorschlag der GPA kommt mit 0,5 % ab 1 Million Euro, 1 % ab 2 Millionen Euro und 1,5 % ab 3 Millionen Euro auf 5,1 Milliarden Euro. Ein früherer Vorschlag der SPÖ mit 0,5 % ab 1 Million Euro und 1 % ab 10 Millionen Euro würde ein Aufkommen von 3,2 Milliarden Euro pro Jahr lukrieren. Die Steuersätze von durchgehend unter 2 % liegen unter der durchschnittlichen Rendite und Wertsteigerung für die meisten Anlage- und Immobilienprodukte, die den größeren Teil des Vermögens von Reichen und Überreichen ausmachen. Sie würden damit den Vermögensaufbau der Reichsten besteuern, aber nicht wesentlich hemmen.

Alternativ schlagen die Ökonomen Marterbauer und Schürz (2022) eine Vermögensobergrenze von 1 Milliarde Euro vor. Die könnte durch eine konfiskatorische Vermögensteuer realisiert werden, wie sie Piketty (2020) präsentierte. Dessen Steuertarif erreicht zwar zu keinem Zeitpunkt einen Grenzsteuersatz von 100 %, die Grenzsteuersätze werden danach berechnet, wie viel mehr als das Durchschnittsvermögen eine Person besitzt: Vermögen, das der Hälfte des Durchschnitts entspricht, würde mit nur 0,1 % pro Jahr, das Zehnfache schon mit 10 % und das 10.000fache mit 90 % besteuert. Hier errechnen Heck et al. (2020) ein Aufkommen von 106 Milliarden Euro pro Jahr. Die hohen Grenzsteuersätze liegen weit über den durchschnittlichen Renditen von Unternehmens-, Kapitalmarkt- oder Immobilienbesitz, das Vermögen der Reichsten würde in diesem Modell rasch schrumpfen. Dementsprechend würde auch das Aufkommen der Steuer in den Folgejahren sinken, bis ein gewünschtes Maximalvermögen und damit eine deutlich reduzierte Ungleichheit erreicht sind.

## 5 FAZIT

Dieser Beitrag hat aufgezeigt, wie ungleich die Vermögen in Österreich tatsächlich verteilt sind und wieso die Politik gefordert ist, diese Schieflage zu bekämpfen. Wie bereits beschrieben, wird ein zu großes Ausmaß an sozialer Ungleichheit in Österreich als ungerecht erachtet. Über 80 % der Bevölkerung empfinden die Unterschiede zwischen Arm und Reich mittlerweile als zu groß (Liedl/Steiber 2021). Die Vermögensungleichheit wird in der Regel auch stärker kritisiert als Einkommensungleichheit. Während der Corona-Krise wurden die Rufe nach einer fairen Beteiligung an den Krisenkosten durch die Reichsten im Land immer lauter.

Dieses Momentum gilt es nun zu nutzen, um Maßnahmen gegen Überreichtum zu setzen und die Schere zwischen Arm und Reich wieder zu schließen. Einer Vermögensbesteuerung kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Wie wir gezeigt haben, gibt es hierfür bereits genügend progressive Steuermodelle und Möglichkeiten zur Umsetzung. Der Ball liegt nun bei der Regierung.

## BIBLIOGRAFIE


*Allen*, Jonathan P. (2017). Technology and Inequality: Concentrated Wealth in a Digital World. Cham, Palgrave Macmillan.

*Attac* (2021). Plus 25 Milliarden Euro: Österreichs Reichste profitieren auch im Pandemiejahr 2021. Online verfügbar unter https://www.attac.at/news/details/plus-25-milliarden-euro-oesterreichs-reichste-profitieren-auch-im-pandemiejahr-2021 (abgerufen am 13.12.2022).

*Bernhofer*, Dominik et al. (2020). Tax me if you can. Potenziale moderner Vermögensbesteuerung in Österreich. Wirtschaft und Gesellschaft48 (2), 207–230.

*Brussels Report* (2021). European Commission Investigates the Idea of an EU Asset Registry. Online verfügbar unter https://www.brusselsreport.eu/2021/08/30/european-commission-investigates-the-idea-of-an-eu-asset-registry/ (abgerufen am 30.09.2022).

*Cagé*, Julia (2020). The Price of Democracy. How Money Shapes Politics and What to Do about It. Cambridge MA, Harvard University Press.

*Disslbacher*, Franziska/*Ertl*, Michael/*List*, Emanuel/*Mokre*, Patrick/*Schnetzer*, Matthias (2020). On Top of the Top – Adjusting wealth distributions using national rich lists. INEQ Working Paper Series No 20. Wien, WU Wien.

*Chancel*, Lucas/*Piketty*, Thomas/*Saez*, Emmanuel/*Zucman*, Gabriel (2022). World Inequality Report 2022. Online verfügbar unter https://wir2022.wid.world/ (abgerufen am 12.12.2022).

*Elsässer*, Lea/*Hense*, Svenja/*Schäfer*, Armin (2017). „Dem Deutschen Volke"? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. Zeitschrift für Politikwissenschaft 27, 161–180.

*Fessler*, Pirmin/*Lindner*, Peter/*Schürz*, Martin (2019). Eurosystem Household Finance and Consumption Survey 2017 for Austria. First results for Austria. Online verfügbar unter https://www.hfcs.at/dam/jcr:6c798d62-f16a-4fc7-8555-9df9042fc836/hfcs-2017-austria-first-results.pdf (abgerufen am 13.12.2022).

*Groiß*, Julia/*Schneebaum*, Alyssa/*Schuster*, Barbara (2018). Vermögensverteilung nach Geschlecht in Österreich und Deutschland: Eine Studie auf der Personenebene. Wirtschaft und Gesellschaft 1, 45–72. Online verfügbar unter http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2018_44_1/2018_44_1_0045.pdf (abgerufen am 12.12.2022).

*Heck*, Ines/*Kapeller*, Jakob/*Wildauer*, Rafael (2020). Vermögenskonzentration in Österreich. Ein Update auf Basis des HFCS 2017. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 206. Wien, AK Wien.

*Hofmann*, Julia (2022). Was tun gegen Überreichtum und Vermögenskonzentration? Überlegungen zur 4. Reichtumskonferenz. A&W-Blog vom 17.10.2022. Online verfügbar unter https://awblog.at/was-tun-gegen-vermoegenskonzentration/ (abgerufen am 12.12.2022).

*Hofmann*, Julia/*Marterbauer*, Markus/*Schnetzer*, Matthias (2020). Gerechtigkeitscheck: Wie fair findet Österreich die Verteilung von Einkommen und Vermögen? Neue Erkenntnisse aus dem European Social Survey (ESS). Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 201. Wien, AK Wien.

*Humer*, Stefan/*Moser*, Matthias/*Schnetzer*, Matthias/*Ertl*, Michael/*Kilic*, Atila (2013). Über die Bedeutung von Kapitaleinkommen für die Einkommensverteilung Österreichs. Wirtschaft und Gesellschaft 39 (4), 571–586.

*ICRICT* (2022). ICRICT Open Letter to G20 Leaders: It's Time for a Global Asset Register to Target Hidden Wealth. Online verfügbar unter https://www.icrict.com/press-release/2022/4/19/icrict-open-letter-to-g20-leaders-its-time-for-a-global-asset-register-to-target-hidden-wealth (abgerufen am 30.09.2022.).

*Liedl*, Bernd/*Steiber*, Nadia (2021). Einstellungen zum Sozialstaat im Verlauf der COVID-19 Pandemie. Ergebnisse der AKCOVID Panel-Befragung. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 223. Wien, AK Wien.

*Mack*, Sebastian (2022). Out of the Dark. An EU Asset Register to Combat Illicit Financial Flows. Hertie School Jacques Delors Centre. Online verfügbar unter https://www.delorscentre.eu/fileadmin/2_Research/1_About_our_research/2_Research_centres/6_Jacques_Delors_Centre/Publications/20220331_AssetRegister_Mack.pdf (abgerufen am 30.09.2022).

*Mader*, Katharina (2022): Was tun gegen männlichen Überreichtum? Oder: Die Bedeutung der Geschlechterverhältnisse im Rahmen von Vermögenskonzentration. Kurswechsel 3/2022, 47–57.

*Marterbauer*, Markus/*Schürz*, Martin (2022). Angst und Angstmacherei. Für eine Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht. Wien, Paul Zsolnay Verlag.

*Muckenhuber*, Mattias/*Rehm*, Miriam/*Schnetzer*, Matthias (2022). A Tale of Integration? The Migrant Wealth Gap in Austria. European Journal of Population 38, 163–190. Online verfügbar unter https://doi.org/10.1007/s10680-021-09604-1 (abgerufen am 15.12.2022).

*Piketty*, Thomas (2020). Kapital und Ideologie. München, C.H. Beck.

*Rehm*, Miriam/*Schnetzer*, Matthias (2015). Vermögenskonzentration und Macht. Der blinde Fleck der Mainstream-Ökonomie. Kurswechsel 2/2015, 69–79.

*Saez*, Emmanuel/*Zucman*, Gabriel (2022). Wealth Taxation: Lessons from History and Recent Developments. In: AEA Papers and Proceedings 112, 58–62.

*Schlögl*, Matthias/*Plehwe*, Dieter (2015). Schlagseite programmiert. Eine neue Generation parteiischer Think Tanks in Österreich. Kurswechsel 2/2015, 28–43.

*Schulmeister*, Stephan (2018). Der Weg zur Prosperität. Salzburg/München, Ecowin Verlag.

*Theine*, Hendrik/*Humer*, Stefan/*Moser*, Mathias/*Schnetzer*, Matthias (2022). Emissions inequality: Disparities in income, expenditure, and the carbon footprint in Austria. Ecological Economics 197, 107435.

*Wagner*, Norman/*Hofmann*, Julia (2022). Armut in Österreich. A&W-Blog vom 17.05.2022. Online verfügbar unter https://awblog.at/armut-in-oesterreich/ (abgerufen am 17.10.2022).

*Zandonella*, Martina (2021). Wessen Demokratie? Ökonomische und politische Ungleichheit im Wechselspiel. Kurswechsel 2/2021, 8–16.